

# Notwendig, nicht hinreichend

**EU-Politik:** Das „Weißbuch zur Zukunft Europas“ hat durch Emmanuel Macron an Brisanz gewonnen / Brexit verschiebt die Brüsseler Statik

DIRK MEYER

Die erste Auslandsreise als französischer Staatspräsident führte Emmanuel Macron erwartungsgemäß nach Berlin. Und der Wunschkandidat der EU und der Bundesregierung wurde nicht nur von zahlreichen Schaulustigen vor dem Kanzleramt, sondern auch offiziell besonders herzlich empfangen: „Deutschland wird es auf Dauer nur gutgehen, wenn es Europa gut geht. Und Europa wird es nur gutgehen, wenn es ein starkes Frankreich gibt“, erklärte Angela Merkel. Angesichts des Brexits habe man vereinbart, eine neue „mittelfristige Perspektive der Europäischen Union“ zu entwickeln.

Macron gab sich konkreter: EU-Vertragsänderungen seien für ihn kein „französisches Tabu“ mehr. Eine „Vergemeinschaftung vergangener Schulden“ lehne er ab, denn das führe „zu einer Politik der Verantwortungslosigkeit“. Doch die Eurozone brauche dennoch jetzt „eine entschlossene Investitionspolitik“. Man müsse „neues, frisches Geld einbringen und Haushaltsmittel haben“. Das läßt sich als Ruf nach Eurobonds für künftige Schulden interpretieren.

## Haftungsgemeinschaft birgt große Gefahren

Wie die EU mittelfristig konkret aussehen könnte, läßt sich aber schon jetzt im „Weißbuch zur Zukunft Europas“ nachlesen, das EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker vorgelegt hat. Eine begrüßenswerte Initiative – notwendig, allerdings nicht hinreichend. Notwendig ist der Vorstoß Junckers, die „Verwirklichung einer immer engeren Union“ (Artikel 1 EU-Vertrag) in Frage zu stellen. Positiv fällt auch der ergebnisoffene Prozeß auf, in dem die Mitgliedstaaten bis zur Tagung des EU-Rats im Dezember erste Schlußfolgerungen dieser Debatte für die Zeit bis 2025 treffen sollen. In fünf Szenarien werden unterschiedliche Grade der Integration,



Angela Merkel und Emmanuel Macron auf dem Balkon des Kanzleramts: Neuverhandlung der EU-Verträge?

daraus ableitbare Handlungsfelder sowie Vor- und Nachteile angeführt.

Szenario 1 „Weiter wie bisher“ setzt den eingeschlagenen Weg mit einer Stärkung des Binnenmarktes, der Bankenunion und der Wachstumsförderung sowie der Fortentwicklung der Politikfelder Verteidigungszusammenarbeit, Außenpolitik, Grenzmanagement und einem gemeinsamen Asylsystem fort.

Szenario 2 „Schwerpunkt Binnenmarkt“ legt die Prioritäten auf die Marktintegration sowie den Abbau von Regulierungen. Eine zwischenstaatliche Zusammenarbeit bildet die Grundlage, ohne den Ausbau gemeinschaftsweiter Politikfelder voranzutreiben. Ausdrücklich werden Gefahren für die Euro-Währung ohne eine vertiefte fiskalische Integration hervorgehoben.

Szenario 3 „Wer mehr will, tut mehr“ ist ein Plädoyer für ein Europa mehrerer Geschwindigkeiten. Mit dem Euro- und Schengensystem ist es de facto Realität und in Grundstrukturen durch die Möglichkeit der verstärkten Zusammenarbeit (Artikel 20 EUV) bereits angelegt. Während Angela Merkel diesen Weg für erfolgsversprechend hält, befürchten Polen sowie die ost- und nordeuropäische Staaten an den Rand gedrängt zu werden.

Gemäß Szenario 4 „Weniger, aber effizienter“ beschränkt die EU die Integration auf wenige Politikfelder. Dies könnten beispielsweise die Bereiche Innovation, Handel, Sicherheit, Migration, Grenzmanagement und Verteidigung sein. Demgegenüber würden Verbraucher-, Umwelt- und Arbeitsschutz bei den Mitgliedstaaten verbleiben.

Szenario 5 „Viel mehr gemeinsames Handeln“ setzt die Integration in allen Bereichen fort. Einher würde eine Stärkung der Machtbefugnisse der Unionsorgane (europäischer Finanzminister, eigene Steuerhoheit) gehen. Neben einer Verteidigungsunion würde eine Wirtschafts-, Finanz-, Fiskal- und Sozialunion Realität werden. Die finanzielle Grundlage müßte eine umfangreiche Vergemeinschaftung von Finanzmitteln (Steuern, EU-Beiträge, Eurobonds) liefern.

Die aus einer Haftungsgemeinschaft entstehenden Gefahren einer unsoliden Haushaltspolitik, nationaler Politikentscheidungen zu Lasten Dritter sowie einer weichen Geldpolitik im Dienste der Finanzminister werden verschwiegen. Indirekt wird das Integrationszenario jedoch als Voraussetzung einer funktions-

fähigen Gemeinschaftswährung gesehen und von der Mehrheit der EU-Kommis-sare befürwortet. Die Integrations- und Sozialisierungsstrategie ist bereits Kern des Fünf-Präsidenten-Berichtes vom Juni 2015 („Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden“). Mitverfasser war Martin Schulz als Präsident des EU-Parlaments. Da auch Macron auf Szenario 5 festgelegt ist, liegt eine entsprechende deutsch-französische Achse ab Herbst 2017 im Bereich des Möglichen – für Deutschland aber folgeschwer.

Der Brexit verändert die Architektur der politischen Entscheidungen. Der Minderheitenschutz in Gestalt der doppelten Mehrheiten wird beschädigt (Art. 16 Abs. 4 EUV). Für eine qualifizierte Mehrheit im EU-Rat sind drei Bedingungen notwendig: Zustimmung müssen 55 Prozent der Länder (mindestens 15), die 65 Prozent der EU-Bevölkerung umfassen. Im Umkehrschluß reicht eine Sperrminorität von vier Ländern mit 35 Prozent Bevölkerungsanteil.

Schaffe es bislang die informelle Koalition für Freihandel und Marktwirtschaft (Deutschland, Großbritannien, die baltischen und Benelux-Staaten, Österreich, Tschechien, Slowakei sowie Finnland), zusammen auf 42 Prozent zu kommen, so reduziert sich ihr Anteil nach dem Brexit auf 33 Prozent.

Eine Dominanz durch die eher staatswirtschaftlich und regulierungsintensiv ausgerichteten mediterranen Mitglieder Frankreich, Italien, Portugal, Spanien und Griechenland (43 Prozent) wäre nicht mehr zu verhindern. Im Ergebnis entfällt eine wesentliche Geschäftsgrundlage, so daß eine Neuaushandlung des EU-Vertrages hinsichtlich langfristig tragfähiger Entscheidungsstrukturen notwendig wäre. Ob dies für Macron auch kein Tabu ist, läßt sich bezweifeln.

„Weißbuch zur Zukunft Europas. Die EU der 27 im Jahr 2025 – Überlegungen und Szenarien“:  
► [ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/weissbuch\\_zur\\_zukunft\\_europas\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/weissbuch_zur_zukunft_europas_de.pdf)

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

# Aus Merckels Subventionsparadies vertrieben

**Solarworld-Pleite:** „Sonnenkönig“ Frank Asbeck gibt auf / Der Autor Alexander Wendt schildert, wie das Geschäft mit den erneuerbaren Energien weiterläuft

LUKAS STEINWANDTER

Der letzte Photovoltaik-Riese Europas ringt mit dem Tode. Vorigen Donnerstag meldete das Bonner Unternehmen Solarworld Insolvenz an. Nach umfassender Prüfung, waghalsigen Rettungsaktionen und taktischem Hinhalten gestand der Vorstand ein, daß „keine positive Fortbestehungsprognose mehr besteht“. Firmengründer Frank Asbeck konstatierte nach mehreren zweistelligen Millionenverlusten lapidar: „Die Firma hat keine Zukunft mehr.“ Der als „Sonnenkönig“ bekannte Unternehmer war indes nie ein Mann der leisen Töne. Mit markigen Sprüchen wie „Von Asbeck lernen, heißt siegen lernen. Oft bin ich anderen um zehn Jahre voraus“ oder „Der Kunde ist ein scheues Reh, aber das Reh kommt durchaus auch zurück“ schaffte er es auch abseits der Unternehmensentwicklung in die Zeitungen.

Vor dem einstigen grünen Liebling verbrannten sich auch Q-Cells, Conergy oder Solon die Finger am Geschäft mit der Sonne. Jetzt legte sich auch über Asbeck und seine rund 3.000 Mitarbeiter ein dunkler Schatten. Der vom Bonner Amtsgericht beauftragte Insolvenzverwalter Horst Piepenburg versprach immerhin, die Gehälter für die nächsten drei Monate über die Vorfinanzierung des Insolvenzgeldes sicherzustellen. Wie konnte der größte deutsche Photovoltaik-Konzern nach rasantem Wachstum 19 Jahre nach seiner Gründung pleite gehen? Für Asbeck, den Besitzer von zwei Schlössern, standen die Schuldigen von Anfang an fest: die Chinesen.

Andere Solarunternehmer erkannten früher, daß sie mit ihrem Massengeschäft gegen die asiatische Konkurrenz chancenlos sind. Also paßten sie sich an und fanden ihr Dasein in spezialisierten Hochpreis-Nischen. Solarworld setzte hingegen auf politischen Lobbyismus und startete eine Anti-Dumping-Initiative. Diese war zunächst erfolgreich, doch die chinesischen Großkonzerne warfen einfach noch billigere Ware auf den Markt. Während Ende Juni die „Woche der Sonne“ unter dem Motto „Strom und Wärme im grünen Bereich“

startet, müssen sich die Solarworld-Mitarbeiter um ihre Zukunft sorgen. Asbeck gehört hingegen zu jenem neuen Geldadel, der es mit gewieften Schachzügen in der Gründerzeit der erneuerbaren Energien schaffte, eine Umverteilungsmaschinerie in Gang zu setzen, mit der sich ein Vermögen anhäufen ließ.

Daß das auf Subventionen und Zwangsumlagen (Stichwort: Erneuerbare-Energien-Gesetz/EEG) aufgetragene Projekt langfristig nicht funktionieren kann, erkannte schon vor Jahren Alexander Wendt. Als *Focus*-Journalist verfolgt er seit Jahren den sich abzeichnenden „grünen Blackout“. In seinem erstmals 2014 erschienenen gleichnamigen Buch würdigt er auch die Rolle des umtriebigen Asbeck, der im Dezember 1979 den ersten grünen Landesverband in Nordrhein-Westfalen mitbegründete.

## Gesetzliche Umverteilung von unten nach oben

„Sein Erfolg beruht darauf, von allen günstigen Positionen die beste auszumachen und sich umgehend dorthin zu begeben, kurzum, den idealen Moment abzuspassen“, konstatiert Wendt. Das gelang ihm auch vier Jahre vor und trotz der Pleite, als die Anteilseigner notgedrungen einem Kapitalschnitt zustimmten, der 95 Prozent ihres Aktienwertes und Kreditgebern 70 Prozent ihres Einsatzes vernichtete. Asbeck profitierte als ehemals größter Solarworld-Aktionär weiterhin von Dividendenausschüttungen, die auch dann noch stattfanden, als der Konzern tieftrote Zahlen schrieb. Mehrere Jahre lang beglückte er die Bonner SPD mit üppigen Spenden.

Doch der Riese war nur aufgepumpt. Die Sonnenenergie war ein Bombengeschäft, bis die internationale Konkurrenz kam. Noch 2009 hatte Jürgen Trittin

von einer Million „grüner Jobs“ bis 2020 fabuliert. Fünf Jahre zuvor behauptete der damalige Umweltminister, die Förderung der erneuerbaren Energien koste Durchschnittshaushalte monatlich nicht mehr als eine Kugel Eis. Beides erwies sich als genauso unrealistisch wie Angela Merckels eine Million Elektroautos. Seit 2011 geht die Zahl der ohnehin übertrieben definierten grünen Arbeitsplätze zurück – ihre Höchstzahl betrug rund 381.000. Laut einer Schätzung des Instituts für die Zukunft der Arbeit sind 80 Prozent dieser Stellen subventionsabhängig. „Aktuell liegt die durchschnittliche Belastung eines Dreipersonenhaushalts jährlich bei 240 Euro“, notiert Wendt.

Weil es immer mehr Windparks und Solarfelder gibt, steigen die Kosten: Im laufenden Jahr beträgt die EEG-Umlage 6,88 Cent je Kilowattstunde (kWh) plus Mehrwertsteuer. Das bringt etwa 25 Milliarden Euro für die Ökostrombranche und zusätzlich 4,75 Milliarden Euro für den Bundesfinanzminister. Erfinder der Öko-Abzockmaschine sind vier Bundestagsabgeordnete, die 1999 Geschichte schrieben. Der bekannteste war der mittlerweile verstorbene Sozialdemokrat Hermann Scheer. Mit einem SPD-Genossen und zwei Grünenabgeordneten brachte Scheer das „wahrscheinlich wirkungsmächtigste Gesetz der Bundesrepublik“ – das EEG – auf den Weg.

Das EEG führt dazu, daß Stromkunden Millionenbeträge zahlen, weil an manchen Tagen so viel Grünstrom produziert wird, daß konventionelle Kraftwerke abrupt heruntergefahren und vergütet werden müssen. Der überflüssige Grünstrom muß vom Endverbraucher trotzdem bezahlt werden. Allein im ersten Quartal 2016 zahlten Stromkunden laut Bundesnetzagentur rund 148 Millionen Euro für diesen Phantomstrom.

Die wichtigste preisstärkende Dynamik steckt Wendt zufolge im Börsenpreis für Strom. An sonnen- und windreichen Tagen liegt er bei null bis einen Cent/kWh. Warum, fragen sich die Endverbraucher, kostet der Strom sie dann durchschnittlich 27 Cent/kWh? 56 Prozent davon sind Steuern (Mehrwert- und Stromsteuer), Umlagen (EEG, Kraft-Wärme-Kopplung, Strom-

netz) und Konzessionsabgaben. Hinzu kommt die gesetzlich vorgegebene Wechselwirkung zwischen Börsenpreis und EEG-Umlage. Die Vergütung für EEG-Strom ist per Gesetz fixiert. Deshalb gleicht die Umlage die Differenz zwischen dem schwankenden Börsen- und Festpreis aus. Je stärker der EEG-Strompreis an der Börse aufgrund des hohen Angebots sinkt, desto höher ist der EEG-Zuschlag – sprich: die Stromverbraucher müssen die Differenz zahlen. Mittlerweile entfällt die Hälfte der jährlichen EEG-Umlagesteigerung auf die Differenz zwischen Börsenpreis und Einspeisevergütung. „Die Maschinerie des EEG wird, wenn sie weiterläuft, den Strompreis allein durch diese Systematik zuverlässig auf immer neue Höhen treiben“, warnt der Wirtschaftsjournalist.

Weiterlaufen wird sie indes noch 20 Jahre lang, selbst wenn die Förderung schlagartig enden würde – das haben die Gesetzesräter so festgelegt. Die „Klimakanzlerin“ hält seit 2005 eisern am EEG fest, nur für Großverbraucher gibt es mehr Ausnahmen. Für Asbeck & Co. hat sich die Energiewende gelohnt. Die laut Wendt seit 2000 von unten nach oben umverteilten 400 Milliarden Euro sind schließlich nicht verschwunden, sondern nur woanders. Und was ist mit dem CO<sub>2</sub>-Ausstoß? Der kletterte 2015 auf 908 Millionen Tonnen, weil sich Braunkohlekraftwerke unter den fossilen Anlagen noch am ehesten auf dem verzerrten Markt behaupten können.

Buchlesungen von Alexander Wendt:  
► [alexander-wendt.com/der-gruene-blackout/](http://alexander-wendt.com/der-gruene-blackout/)

## Grundeinkommen: Die Mittelschicht wird zahlen

DÜSSELDORF. Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der DGB-nahen Hans-Böckler-Stiftung hat vor Illusionen beim bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) gewarnt. „Wir haben einen sehr großen Niedriglohnsektor, der fast ein Viertel der Beschäftigten umfaßt“, erklärte WSI-Direktorin Anke Hassel (*Böckler Impuls* 4/17). „Das würde sich aber durch ein BGE nicht ändern.“ Einige Stellen würden „dann einfach wegfallen oder an solche Menschen gehen, die das BGE nicht beziehen können. Das sind zum Beispiel Ausländer, deren Aufenthaltsstatus an einen Arbeitsvertrag oder ein eigenes Einkommen gebunden ist“, so Hassel. Der Gründer des Drogeriemarktes dm, Götz Werner, wolle das BGE über eine Konsumsteuer finanzieren, die niedrige Einkommen viel stärker treffe als hohe. Der Ökonom Thomas Straubhaar wolle eine proportionale Einkommenssteuer von 50 Prozent (JF 13/17) sowie zugleich alle Sozialversicherungen wie auch Mindestlohn und Kündigungsschutz abschaffen. Damit ließen sich die 1.000 Euro für alle aber nicht finanzieren: „In jedem Fall wird die Mittelschicht für das Grundeinkommen zahlen.“ (fis) ► [boeckler.de/107575\\_107598.htm](http://boeckler.de/107575_107598.htm)

## Exporte: Deutschland, Holland und Italien vorn

LUXEMBURG. Deutschland erwirtschaftete 2016 mit 257 Milliarden Euro erneut den EU-weit höchsten Exportüberschuß – das waren drei Prozent mehr als im Vorjahr. Güter im Wert von 1,2 Billionen Euro wurden exportiert, der Wert der Importe belief sich nur auf 953 Milliarden Euro. Auch Holland (59 Milliarden Euro), Italien (51), Irland (47), Belgien (26), die Tschechei (18,4), Dänemark (8,8), Ungarn (7,5), Polen (4,7), Slowenien (2,2) und die Slowakei führten mehr aus als ein. Die anderen 17 EU-Staaten wiesen teilweise enorme Defizite aus: Spitzenreiter war wieder Großbritannien (204 Milliarden Euro), gefolgt von Frankreich (65), Spanien (19,8), Griechenland (18,6), Portugal (10,8) und Rumänien (10). Die nicht zur EU gehörende Schweiz verzeichnete trotz hohem Frankenkurs mit umgerechnet 34,4 Milliarden Euro den größten Exportüberschuß ihrer Geschichte. (fis) ► [ec.europa.eu/eurostat/data](http://ec.europa.eu/eurostat/data)

## Zahl der Woche

**4,8 Millionen Beamte und Angestellte** sowie ohne Bezüge Beurlaubte sind bundesweit im öffentlichen Dienst beschäftigt. Ihr Durchschnittsalter lag am Stichtag 30. Juni 2015 bei 44,5 Jahren. 15 Prozent waren jünger als 30 Jahre, elf Prozent waren 60 Jahre und älter.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

ANZEIGE

## Der Deutschlandstrom - für Junge-Freiheit-Leser



Kaufen Sie Deutschlandstrom noch heute unter:  
[www.enermy.de](http://www.enermy.de)

✓ Sie sind unzufrieden mit der sogenannten Energiewende, welche unwirtschaftliche Produktion mit teils ökologisch schädlichen Effekten (Rapsmonokulturen, Landschaftsverchandlung) mit viel Geld auf Kosten der Strombezieher subventioniert?

✓ Beziehen Sie Position: Für einen sinnvollen Energiemix basierend auf effizienten grundlastfähigen Kraftwerken, ergänzt durch Ökostrom wo es wirtschaftlich sinnvoll ist.

✓ Durchschnittlich 100 Euro günstiger als der Grundversorgungstarif. (\*)

✓ Je Neukunde fließt ein fester Anteil zurück in Werbung zur Förderung an die JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. KG.

(\*) Berechnung des bundesweit durchschnittlichen Grundversorgungspreises gemäß „Energemarkt Aktuell“ von Verivox/Kreutzer Consulting-Studie vom Dezember 2016 für einen Durchschnittsverbrauch von 4.000 kWh/Jahr.

Ein Produkt der



**Alexander Wendt:** Der Grüne Blackout – Warum die Energiewende nicht funktionieren kann. 2 MP3-CD,

Laufzeit: 4 Std. 35 Min. Verlag Michael John, Schwaig 2017, 14,99 Euro